

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1998

Ausgegeben am 2. Oktober 1998

Teil III

155. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
(NR: GP XX RV 1052 AB 1197 S. 129. BR: AB 5714 S. 642.)

155.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages, dessen Art. 9 Abs. 1 und 2 und Art. 3 Abs. 1 verfassungsändernd sind, wird genehmigt.

VERTRAG

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT UND DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN

Die Republik Österreich
und
die Slowakische Republik

(im folgenden: Vertragsparteien), überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, gegenseitige Hilfe bei Katastrophen zu leisten,

im Bewußtsein der Tatsache, daß sich diese jederzeit ereignen können,

in dem Wunsche, einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen zu schließen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Dieser Vertrag regelt die Bedingungen für die Zusammenarbeit und für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen hin, vor allem die Bedingungen für die Entsendung und den Einsatz von Hilfsmannschaften, von einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen und des Materials.

(2) Durch diesen Vertrag wird die übliche Nachbarschaftshilfe im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht berührt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke der Auslegung und Durchführung dieses Vertrages bedeuten die Begriffe:

„Katastrophe“

ein Naturereignis oder ein durch unvorhersehbare technische oder andere Geschehnisse verursachtes Ereignis, bei dem auf Grund seines außerordentlichen Umfangs bereits eine Gefährdung von Leben, Gesundheit und Eigentum eingetreten ist oder eine solche Gefährdung unmittelbar bevorsteht;

„Hilfeersuchender Staat“

diejenige Vertragspartei, deren zuständige Behörden die andere Vertragspartei um Hilfeleistung ersuchen;

„Hilfeleistender Staat“

diejenige Vertragspartei, deren zuständige Behörden einem Ersuchen der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung stattgeben;

„Hilfsmannschaften“ oder „einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen“
Person(en), die der hilfeleistende Staat zur Hilfeleistung bestimmt;

„Ausrüstung“

das Material, insbesondere technische Geräte, die Verkehrsmittel und die Rettungshunde für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf;

„Hilfsgüter“

Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates bestimmt sind.

Artikel 3

Behörden

(1) Die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:

- auf der Seite der Republik Österreich:
der Bundesminister für Inneres;
die Burgenländische Landesregierung;
die Niederösterreichische Landesregierung;
- auf der Seite der Slowakischen Republik:
der Innenminister der Slowakischen Republik.

(2) Die zuständigen Behörden sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Vertrages unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(3) Die Vertragsparteien werden unverzüglich die Adressen und Fernmeldeverbindungen der zuständigen Behörden austauschen.

(4) Die Vertragsparteien unterrichten einander auf diplomatischem Wege unverzüglich über Änderungen, die die Zuständigkeiten dieser Behörden betreffen.

Artikel 4

Hilfeersuchen

(1) Eine Hilfeleistung erfolgt ausschließlich auf Ersuchen der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei.

(2) Das Ersuchen gemäß Absatz 1 wird schriftlich, gegebenenfalls mündlich, in der Sprache der ersuchten Vertragspartei oder in Englisch gestellt. Mündlich gestellte Ersuchen sind nachträglich schriftlich zu bestätigen.

(3) Im Zuge des Hilfeersuchens bezeichnen die zuständigen Behörden Art und Umfang der Hilfeleistung, ohne auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu müssen.

Artikel 5

Arten der Hilfeleistung

(1) Die Hilfe wird durch die Entsendung von Hilfsmannschaften oder einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen.

(2) Hilfsmannschaften oder einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen können zur Durchführung von Rettungs- und Bergungsarbeiten, zur Beseitigung der Folgen von Katastrophen sowie zur Abwehr drohender Katastrophen eingesetzt werden. Sie sollen über die hierzu erforderliche Ausbildung und über die notwendige Ausrüstung verfügen.

(3) Der Transport der Hilfsmannschaften, einzelner zur Hilfeleistung entsandter Personen, der Ausrüstung und der Hilfsgüter kann auf dem Land-, Wasser- oder Luftweg erfolgen.

Artikel 6

Überschreiten der Staatsgrenze und Aufenthalt

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft können die Staatsgrenze ohne Reisedokumente passieren und sich auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates während des Zeitraumes der Hilfeleistung ohne Sichtvermerk und ohne Aufenthaltsgenehmigung aufhalten. Der Leiter der Hilfsmannschaft hat auf Verlangen ein Dokument vorzuweisen, das seine Zuständigkeit nachweist und die Namensliste der Angehörigen der Hilfsmannschaft enthält.

(2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Staatsgrenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall ist ein für die Grenzübergangsstelle zuständiges Organ unverzüglich davon zu unterrichten.

(3) Sofern dies zu ihrer üblichen Ausrüstung zählt, sind die Hilfsmannschaften dazu berechtigt, auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates Uniform zu tragen. Schußwaffen und Munition dürfen auf das Gebiet des hilfeersuchenden Staates nicht mitgeführt werden.

(4) Die Erleichterungen beim Übertritt der Staatsgrenze nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe evakuiert werden müssen.

Artikel 7

Grenzübergang der Ausrüstung und der Hilfsgüter

(1) Die Vertragsparteien erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des hilfeersuchenden Staates beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübertritt außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, ist dieses bei erster Gelegenheit einer zuständigen Zollstelle zu überreichen.

(2) Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen dürfen außer Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgüter keine Waren mitführen.

(3) Auf Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit Ausrüstungsgegenstände nicht verbraucht werden, sind sie wieder auszuführen. Werden Ausrüstungsgegenstände als Hilfsgüter zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der verantwortlichen Behörde des hilfeersuchenden Staates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das Recht des hilfeersuchenden Staates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen in den hilfeersuchenden Staat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den hilfeleistenden Staat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen. Suchtgifte und psychotrope Substanzen dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört. Die verbrauchten Suchtgifte und psychotropen Substanzen werden der Verbrauchsstatistik des hilfeleistenden Staates zugerechnet.

(5) Die Vertragsparteien werden bei Gegenseitigkeit die bei Hilfsleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter im hilfeersuchenden Staat

- ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und
- diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht sind.

Artikel 8

Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften oder einzelner zur Hilfeleistung entsandter Personen und für andere Arten von Hilfeleistungen benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von Flugplätzen mit Paß- und Zollkontrolle genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen ist der zuständigen Behörde des hilfeersuchenden Staates und den zuständigen Flugsicherungsstellen unverzüglich mit Angaben über Art, Type und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 6 werden auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften angewandt.

(5) Die Bestimmungen des Artikels 7 werden auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter angewandt.

(6) Soweit sich aus den Absätzen 2 und 3 nichts anderes ergibt, sind die innerstaatlichen luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften jener Vertragspartei anzuwenden, auf deren Gebiet der Flugverkehr stattfindet.

(7) Die Verwendung von Militärluftfahrzeugen ist nur mit Zustimmung des hilfeersuchenden Staates zulässig.

Artikel 9

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des hilfeersuchenden Staates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Staates werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, welche die Art der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die Behörden des hilfeersuchenden Staates leisten den Hilfsmannschaften oder einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates Schutz und Hilfe.

Artikel 10

Einsatzkosten

(1) Der hilfeleistende Staat hat gegenüber dem hilfeersuchenden Staat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust der Ausrüstung entstehen.

(2) Im Fall der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der Hilfeleistung wird der hilfeleistende Staat vorrangig entschädigt.

(3) Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der hilfeleistende Staat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der hilfeersuchende Staat.

(4) Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates werden während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Staat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinische Hilfe.

Artikel 11

Schadenersatz

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen zustehenden Ansprüche auf Ersatz von Vermögensschäden, die von einer zur Hilfeleistung bestimmten Person der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages verursacht worden sind.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen zustehenden Ansprüche auf Ersatz von Schäden, die auf einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod einer zur Hilfeleistung bestimmten Person im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages beruhen.

(3) Wird durch eine zur Hilfeleistung bestimmte Person des hilfeleistenden Staates im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages im Gebiet des hilfeersuchenden Staates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der hilfeersuchende Staat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene zur Hilfeleistung bestimmte Personen verursachten Schadens Anwendung fänden. Ein Regreß des hilfeersuchenden Staates, der den Schaden ersetzt hat, gegen den hilfeleistenden Staat oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen besteht nicht.

(4) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten bei der Erledigung von Schadenersatzansprüchen eng zusammen.

(5) Dieser Artikel gilt auch nach Außerkrafttreten des Vertrages, wenn der Schaden noch zur Zeit seiner Geltung eingetreten ist.

Artikel 12

Evakuierte Personen

(1) Personen, die bei einer Katastrophe als Evakuierte und deren Begleiter vom Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige Versorgung und Hilfe. Der hilfeersuchende Staat erstattet die Kosten dieser Unterstützung und der Rückführung dieser Personen.

(2) Jede Vertragspartei ist verpflichtet, Evakuierte und deren Begleitpersonen, die von seinem Hoheitsgebiet auf dasjenige der anderen Vertragspartei gelangt sind, wieder aufzunehmen. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige der wiederaufnehmenden Vertragspartei sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Übertritt der Staatsgrenze unterstellt.

Artikel 13

Weitere Formen der Zusammenarbeit

- (1) Die Vertragsparteien arbeiten darüber hinaus insbesondere in folgenden Bereichen zusammen:
- a) zur Vorbeugung von Katastrophen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und gemeinsame Übungen vorsehen;
 - b) zum Austausch von Informationen über Gefahren, die sich auch auf das Gebiet der anderen Vertragspartei auswirken könnten; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die Übermittlung von Meßdaten.

(2) Für gemeinsame Übungen gelten die Bestimmungen dieses Vertrages sinngemäß.

(3) Informationen, die nach den innerstaatlichen Vorschriften der Vertragsparteien geheimzuhalten sind, können nicht Gegenstand des Informationsaustausches sein.

Artikel 14

Fernmelde- und Funkverbindungen

Die Vertragsparteien treffen gemeinsam Vorkehrungen für die bei Hilfeleistung erforderlichen Fernmelde- und Funkverbindungen.

Artikel 15

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, die nicht unmittelbar durch die befaßten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege bereinigt.

Artikel 16

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende zweiseitige vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsparteien bleiben unberührt; mehrseitige Abkommen nur insofern, als dieser Vertrag keine andere Regelung vorsieht.

Artikel 17

Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden in Preßburg ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 18

Geltungsdauer

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann von jeder der Vertragsparteien schriftlich, auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Er tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN zu Wien am 11. Juni 1997 in zwei Urschriften in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Benita Ferrero-Waldner

Für die Slowakische Republik:

Josef Sestak

ZMLUVA**MEDZI SLOVENSKOU REPUBLIKOU A RAKÚSKOU REPUBLIKOU O
SPOLUPRÁCI A VZÁJOMNEJ POMOCI PRI KATASTROFÁCH**

Slovenská republika

a

Rakúska republika

(ďalej len „zmluvné strany“) presvedčené o potrebe spolupráce medzi obidvoma štátmi s cieľom poskytovať si vzájomnú pomoc pri katastrofách,

s vedomím skutočnosti, že tieto môžu nastať kedykoľvek,

so želaním uzavrieť Zmluvu medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou o spolupráci a vzájomnej pomoci pri katastrofách

dohodli sa takto:

Článok 1**Predmet**

(1) Táto Zmluva upravuje podmienky spolupráce a dobrovoľného poskytovania pomoci pri katastrofách na území druhej zmluvnej strany na jej žiadosť, predovšetkým podmienky vyslania a nasadenia oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc a materiál.

(2) Táto Zmluva sa netýka obvyklej susedskej pomoci poskytovanej v rámci cezhraničnej spolupráce.

Článok 2**Vymedzenie pojmov**

Na účely výkladu a vykonávania tejto Zmluvy znamenajú pojmy:

„katastrofa“ – prírodná pohroma alebo situácia zapríčinená nepredvídateľnými technickými alebo inými udalosťami, pri ktorej v dôsledku jej mimoriadneho rozsahu už boli ohrozené životy, zdravie a majetok, alebo takéto ohrozenie bezprostredne hrozí;

„štát žiadajúci o pomoc“ – zmluvná strana, ktorej príslušné orgány žiadajú o pomoc druhú zmluvnú stranu;

„štát poskytujúci pomoc“ – zmluvná strana, ktorej príslušné orgány vyhoveľi žiadosti druhej zmluvnej strany o poskytnutie pomoci;

„oddiely pomoci“ alebo **„jednotlivé osoby zaslané na pomoc“** – osoby, ktoré určí štát poskytujúci pomoc na poskytnutie pomoci;

„výbava“ – materiál, najmä technické a dopravné prostriedky, záchrannárske psy na účely nasadenia, ako aj predmety osobnej potreby;

„predmety pomoci“ – predmety, ktoré sú určené na bezplatné poskytnutie postihnutému obyvateľstvu na území štátu žiadajúceho o pomoc.

Článok 3**Orgány**

(1) O pomoc môžu žiadať a pomoc prijať tieto príslušné orgány:

- za Slovenskú republiku:
minister vnútra Slovenskej republiky;
- za Rakúsku republiku:
spolkový minister vnútra;
krajinská vláda Burgenlandu;
krajinská vláda Niederösterreichu.

(2) Príslušné orgány sú splnomocnené nadviazať pri vykonávaní tejto Zmluvy bezprostredný vzájomný styk.

(3) Zmluvné strany si bezodkladne vymenia adresy a údaje o spojení príslušných orgánov.

(4) Zmluvné strany sa diplomatickou cestou bezodkladne vzájomne informujú o zmenách týkajúcich sa kompetencií týchto orgánov.

Článok 4

Žiadosť o pomoc

- (1) Pomoc sa poskytuje výlučne výlučne na žiadosť príslušných orgánov druhej zmluvnej strany.
- (2) Žiadosť podľa odseku 1 sa podáva písomne, prípadne ústne v jazyku zmluvnej strany žiadanej o pomoc alebo v anglickom jazyku. Žiadosti podané ústne musia byť dodatočne potvrdené písomne.
- (3) V žiadosti o poskytnutie pomoci uvedú príslušné orgány jej druh a rozsah bez podrobností o jej realizácii.

Článok 5

Druhy pomoci

- (1) Pomoc sa poskytuje vyslaním oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc, zaslaním predmetov pomoci alebo iným vhodným spôsobom.
- (2) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc môžu byť nasadené na vykonávanie záchranných a vyslobodzovacích prác, na likvidáciu následkov katastrof, ako aj na odvrátenie ich hrozby. Mali by mať potrebný výcvik a disponovať potrebnou výbavou.
- (3) Preprava oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc, výbavy a predmetov pomoci sa môže uskutočniť suchozemskou, vodnou alebo vzdušnou dopravou.

Článok 6

Prechod štátnej hranice a pobyt

- (1) Členovia oddielu pomoci môžu prechádzať cez štátnu hranicu bez cestovných dokladov a na území štátu žiadajúceho o pomoc sa môžu počas poskytovania pomoci zdržiavať bez víza a povolenia na pobyt. Vedúci oddielu pomoci však musí na požiadanie predložiť dokument, ktorý potvrdzuje jeho postavenie a menný zoznam oddielu pomoci.
- (2) V mimoriadne naliehavom prípade možno prekročiť štátnu hranicu aj mimo schválených hraničných priechodov bez dodržania inak platných predpisov. V tomto prípade treba o tom bezodkladne informovať hraničný kontrolný orgán.
- (3) Ak to patrí k obvyklej výbave, sú oddiely pomoci oprávnené na území štátu žiadajúceho pomoc nosiť uniformu. Na územie štátu žiadajúceho o pomoc je neprípustné doviesť strelné zbrane a muníciu.
- (4) Úľavy pri prekračovaní štátnej hranice podľa odsekov 1 a 2 platia aj pre osoby, ktoré musia byť pri katastrofe evakuované.

Článok 7

Preprava výbavy a predmetov pomoci cez štátnu hranicu

- (1) Zmluvné strany uľahčia dovoz a vývoz výbavy a predmetov pomoci. Vedúci oddielu pomoci musí pri prechode štátnej hranice predložiť hraničným kontrolným orgánom štátu žiadajúceho pomoc len zoznam prevážanej výbavy a predmetov pomoci. Ak sa v mimoriadne naliehavom prípade štátna hranica prekračuje mimo schválených hraničných priechodov, musí sa tento zoznam pri najbližšej príležitosti odovzdať príslušnej colnici.
- (2) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc nesmú okrem výbavy a predmetov pomoci so sebou prevážať žiadny tovar.
- (3) Na výbavu a predmety pomoci sa nevzťahujú zákazy a obmedzenia týkajúce sa dovozu a vývozu tovaru cez štátnu hranicu. Ak sa výbava nespotrebuje, opäť sa vyvezie. Ak sa výbava ponechá ako predmet pomoci, potom treba uviesť druh, množstvo, ako aj miesto jej ponechania príslušnému orgánu v štáte žiadajúcom o pomoc, ktorý to oznámi príslušnej colnici. V tomto prípade platia právne predpisy štátu žiadajúceho o pomoc.
- (4) Ustanovenia odseku 3 sa vzťahujú aj pre dovoz omamných látok a psychotropných substancií do štátu žiadajúceho o pomoc a pre spätný vývoz ich nespotrebovaného množstva do štátu poskytujúceho pomoc. Tento obeh tovaru sa nepovažuje za dovoz a vývoz v zmysle medzinárodných dohôd o omamných látkach a psychotropných substanciách. Omamné látky a psychotropné substancie sa môžu dovážať iba v množstve potrebnom pre naliehavú lekársku potrebu a použiť ich môže len kvalifikovaný zdravotnícky personál podľa zákonných ustanovení zmluvnej strany, ktorej oddiel pomoci patrí.

Spotrebované omamné látky a psychotropné substancie sa pripíšu do štatistiky štátu poskytujúceho pomoc.

- (5) Zmluvné strany na základe reciprocity pri poskytovaní pomoci v štáte žiadajúcom o pomoc
 - dovoľia prechodné bezplatné používanie výbavy a predmetov pomoci bez formálnych postupov a zloženia colnej zábezpeky a
 - nezaťažia ich žiadnymi dovoznými platbami, ak boli spotrebované.

Článok 8

Nasadenie leteckých prostriedkov

(1) Letecké prostriedky sa môžu použiť na rýchly presun oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc a na iné druhy poskytovania pomoci.

(2) Každá zmluvná strana dovoľí, aby letecké prostriedky, ktoré sú nasadené z výsošného územia druhej zmluvnej strany, podľa odseku 1, prelietali nad jej výsošným územím a pristávali a odlietali aj mimo letísk s colnou a pasovou kontrolou a mimo povolených letištných plôch.

(3) Použitie leteckých prostriedkov sa bezodkladne oznámi príslušnému orgánu štátu žiadajúceho o pomoc a príslušnému orgánu pre riadenie letovej prevádzky s údajmi o druhu, type a označení leteckého prostriedku, o posádke, náklade, čase odletu, predpokladanej trase letu a mieste pristátia.

(4) Ustanovenia článku 6 sa vzťahujú na posádky a prepravované oddiely pomoci.

(5) Ustanovenia článku 7 sa vzťahujú na letecké prostriedky a ostatnú prepravovanú výbavu a predmety pomoci.

(6) Ak z odsekov 2 a 3 nevyplýva iné, použijú sa vnútroštátne letecké predpisy tej zmluvnej strany, na ktorej území sa vykonáva letecká činnosť.

(7) Použitie vojenských leteckých prostriedkov je povolené len so súhlasom štátu žiadajúceho o pomoc.

Článok 9

Riadenie a koordinácia

(1) Riadenie a koordinácia záchranných prác a pomocných opatrení vyplývajúcich z tejto Zmluvy prislúcha v každom prípade orgánom štátu žiadajúceho o pomoc.

(2) Nariadenia oddielom pomoci štátu poskytujúceho pomoc sú adresované výlučne ich vedúcim, ktorí podriadeným silám nariaďa spôsob ich realizácie.

(3) Orgány štátu žiadajúceho o pomoc poskytnú oddielom pomoci alebo jednotlivým osobám zaslaným na pomoc štátom poskytujúceho pomoc ochranu a pomoc.

Článok 10

Náhrada výdavkov

(1) Štát poskytujúci pomoc nemá voči štátu žiadajúcejmu o pomoc nárok na náhradu výdavkov za poskytnutú pomoc. To sa vzťahuje aj na výdavky vzniknuté spotrebovaním, poškodením alebo stratou výbavy.

(2) V prípade úplnej alebo čiastočnej náhrady výdavkov spojených s poskytnutím pomoci bude prednostne odškodnený štát poskytujúci pomoc.

(3) Výdavky spojené s poskytnutím pomoci fyzickými alebo právnickými osobami, ktorú štát poskytujúci pomoc na základe žiadosti len sprostredkoval, uhradza štát žiadajúci o pomoc.

(4) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc štátu poskytujúceho pomoc budú mať počas nasadenia v štáte žiadajúcom o pomoc stravu a ubytovanie na jeho účet a po spotrebovaní nimi privezených zásob budú zásobovaní predmetmi osobnej potreby. V prípade potreby sa im poskytnú logistické zabezpečenie, ako aj zdravotnícka pomoc.

Článok 11

Náhrada škody

(1) Každá zmluvná strana sa zrieka všetkých nárokov na náhradu škody na majetku voči druhej zmluvnej strane alebo jednotlivým osobám zaslaným na pomoc, ktorá bola spôsobená jednotlivou osobou zaslanou na pomoc druhej zmluvnej strane pri plnení nariadenia.

(2) Každá zmluvná strana sa voči druhej zmluvnej strane alebo voči jednotlivým osobám zaslaným na pomoc zrieka všetkých nárokov na náhradu škody v prípade poškodenia zdravia alebo v prípade smrti osoby zaslanej na pomoc v súvislosti s plnením nariadenia.

(3) Ak spôsobí jednotlivá osoba zaslaná na pomoc zo štátu poskytujúceho pomoc v súvislosti s plnením nariadenia na území štátu žiadajúceho o pomoc škodu tretiemu, potom ručí štát žiadajúci o pomoc za škodu podľa predpisov vzťahujúcich sa na škodu spôsobenú vlastnými osobami poskytujúcimi pomoc. Štát žiadajúci o pomoc nemá regresívny nárok na náhradu škody voči štátu poskytujúceho pomoc a jednotlivým osobám zaslaným na pomoc.

(4) Pri vyporiadaní nárokov na náhradu škody orgány zmluvných strán úzko spolupracujú.

(5) Tento článok platí aj po uplynutí platnosti Zmluvy, ak škoda vznikla v čase jej platnosti.

Článok 12

Evakuované osoby

(1) Osoby, ktoré pri katastrofe prišli ako evakuované osoby alebo osoby ich sprevádzajúce z územia jednej zmluvnej strany na územie druhej zmluvnej strany, dostanú až do svojho najskoršieho možného návratu potrebné zaopatrenie a pomoc. Štát žiadajúci o pomoc uhradí výdavky spojené so zaopatrením a návratom týchto osôb.

(2) Každá zmluvná strana je povinná prevziať naspäť evakuované osoby a osoby ich sprevádzajúce, ktoré prišli z jej územia na územie druhej zmluvnej strany. Ak ide o osoby, ktoré nie sú príslušníkmi opätovne prijímajúceho štátu, zostávajú podriadené rovnakému cudzineckoprávnomu štatútu ako pred prekročením štátnej hranice.

Článok 13

Ďalšie formy spolupráce

(1) Zmluvné strany ďalej spolupracujú predovšetkým v nasledujúcich oblastiach:

- a) pri predchádzaní katastrofám tak, že si vymenia všetky vhodné informácie vedecko-technického charakteru a naplánujú rokovania, výskumné programy, odborné kurzy a spoločné cvičenia,
- b) pri výmene informácií o nebezpečenstve, ktoré môže vzniknúť a mať následky aj na území druhej zmluvnej strany; vzájomné informácie zahŕňajú aj odovzdávanie nameraných údajov.

(2) Na spoločné cvičenia sa vzťahujú ustanovenia tejto Zmluvy.

(3) Predmetom výmeny informácií nemôžu byť informácie, ktoré podľa vnútroštátnych právnych predpisov zmluvných strán musia ostať utajené.

Článok 14

Telekomunikačné a rádiové spojenie

Zmluvné strany prijímajú spoločné opatrenia potrebné na telekomunikačné a rádiové spojenie pri poskytovaní pomoci.

Článok 15

Riešenie sporov

Spory súvisiace s výkladom a vykonávaním tejto Zmluvy, ktoré nemôžu vyriešiť orgány, ktoré sa tým bezprostredne zaoberajú, budú zmluvné strany riešiť diplomatickou cestou.

Článok 16

Iné zmluvné úpravy

Táto Zmluva sa netýka záväzkov vyplývajúcich pre zmluvné strany zo vzájomných dvojstranných zmlúv; to platí pre mnohostranné zmluvy len vtedy, ak táto Zmluva neustanovuje ináč.

Článok 17

Nadobudnutie platnosti

(1) Táto Zmluva podlieha ratifikácii. Ratifikačné listiny budú vymenené v Bratislave.

(2) Táto Zmluva nadobudne platnosť prvý deň tretieho mesiaca nasledujúceho po mesiaci, v ktorom boli vymenené ratifikačné listiny.

Článok 18**Ukončenie platnosti zmluvy**

Táto Zmluva sa uzaviera na dobu neurčitú a každá zo zmluvných strán ju môže vypovedať, písomne diplomatickou cestou. Platnosť Zmluvy skončí 6 mesiacov odo dňa doručenia oznámenia o výpovedi.

DANĚ vo Viedni dňa 11. 6. 1997 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v slovenskom a nemeckom jazyku, pričom obe znenia majú rovnakú platnosť.

Za Slovenskú republiku:

Josef Sestak

Za Rakúsku republiku:

Benita Ferrero-Waldner

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 26. August 1998 ausgetauscht; der Vertrag tritt gemäß seinem Art. 17 Abs. 2 mit 1. November 1998 in Kraft.

Klima